

# 1 **Gemeinsam für einen Wechsel in Europa!**

## 2 3 **Europa im 21. Jahrhundert braucht Frieden, Demokratie und Solidarität!**

### 4 5 **Plattform der Partei der Europäischen Linken für die Wahlen zum Europäischen Parlament** 6 **2009**

#### 7 8 9 **I.**

10  
11 Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 werden die nächste Chance sein, die  
12 Grundlagen für die Europäische Union (EU) neu aufzubauen.

13  
14 Die Ablehnung des Vertrags von Lissabon und des Verfassungswerks für Europa durch die irischen,  
15 französischen und niederländischen Bürger haben gezeigt, dass eine wachsende Anzahl von  
16 Menschen in Europa mit der undemokratischen und unsozialen Politik der Europäischen Union  
17 unzufrieden ist. Sie glauben, dass die EU eine weit entfernte und nicht greifbare Konstruktion ist, die  
18 sie nicht betrifft und ihre Hoffnungen und konkrete Situation ignoriert.

19  
20 Jedoch greift die Europäische Union in das Leben der Menschen in Europa ein. 15 Jahre nach dem  
21 Vertrag von Maastricht überwiegt die neoliberale Ausrichtung. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen  
22 für die Mehrheit der europäischen Bevölkerung haben sich rapide verschlechtert: Längere  
23 Arbeitszeiten, Anhebung des Renteneintrittsalters, unzureichende Löhne, wachsende Langzeit- und  
24 Jugendarbeitslosigkeit, Mini-Jobs, Zeitarbeit und unbezahlte Praktika sind skandalöse Gegebenheiten.  
25 Öffentliche Dienste werden vorwiegend für Profiterwirtschaftung eingesetzt. Dies geht einher mit  
26 psychischer und physischer Belastung, Krankheit, Angst, Verlust der Solidarität und Gewalt gegen  
27 Schwächere. Die Situation der Migranten in der EU und den jeweiligen Mitgliedsstaaten sowie die EU  
28 Migrationspolitik verdeutlichen dieses dramatische Klima. Auf der anderen Seite sind die Profite  
29 immens gestiegen und Manager erhalten astronomische Gehälter, auch dann, wenn ihre Handlungen  
30 negative Folgen haben. Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer.

31  
32 Zahlreiche Menschen sind enttäuscht, frustriert und wenden sich von der europäischen Politik ab, da  
33 sie sich hilflos fühlen angesichts dieser Entwicklungen. Doch viele kämpfen für ihre Jobs und soziale  
34 Sicherung, für öffentliche Dienste und das Recht an den politischen Entscheidungsprozessen  
35 teilzunehmen. Sie kämpfen für ihre politischen, sozialen und individuellen Rechte und dafür, dass die  
36 Menschenrechte aller Menschen, die in der EU leben, respektiert werden. Migration und Asyl sind zu  
37 wichtigen Themen im politischen Kampf geworden. Die Menschen setzen sich ein für die  
38 Gleichberechtigung der Geschlechter, Demokratie, Gerechtigkeit und das Recht für alle, in Würde und  
39 Solidarität zusammen zu leben.

40  
41 Angesichts der gegenwärtigen Ereignisse in Europa, wie etwa dem Kaukasus-Konflikt, der  
42 Entwicklungen im Kosovo und der bilateralen Verträge über die Errichtung von US-Militärbasen in  
43 Osteuropa, ist es wichtig, dass Europa das Völkerrecht beachtet und bei Krisen nach politischen  
44 Lösungen strebt. Die Militarisierung der EU-Außenpolitik, mit der NATO eng verknüpft, muss ersetzt  
45 werden durch ein alternatives Sicherheitskonzept, basierend auf Frieden, Dialog und internationaler  
46 Kooperation.

47  
48 Die EU befindet sich an einem Scheideweg:

- 49 - entweder setzt sie ihre bisherige Politik fort und vertieft damit ihre finanzielle, Sicherheits-  
50 Nahrungs- und Energiekrise;
- 51 - oder die EU wandelt sich in ein Gebilde der nachhaltigen Entwicklung und sozialen  
52 Gerechtigkeit, des Friedens und der gegenseitigen Kooperation, der Gleichberechtigung von  
53 Frauen und Männern, der demokratischen Partizipation und Solidarität, in einen Ort, wo

54 Nationalismus, Extremismus, Rassismus und politischer Fundamentalismus keinen Platz  
55 finden und wo demokratischer Antifaschismus eine gängige Praxis ist.  
56

57 Die Bürger der EU müssen entscheiden, wie es weiter gehen soll. Weder Resignation noch Enthaltung  
58 können eine Antwort sein. Die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft können nicht von  
59 einzelnen Ländern bewältigt werden. Wir sagen: Es gibt Alternativen. Die Politiken auf nationaler  
60 sowie europäischer Ebene müssen verändert werden.  
61

62 Wir Parteien der Europäischen Linken fordern, dass dieses Europa ein friedliches und ziviles Europa  
63 ist, dessen Wirtschaftssysteme sozial und ökologisch nachhaltig sind; wir wollen ein feministisches  
64 Europa, das sich auf der Grundlage von Demokratie und Solidarität entwickelt. Dies benötigt Ideen,  
65 Initiativen und beharrliche Arbeit der politischen Akteure, demokratischen Kräfte, Gewerkschaften,  
66 sozialen Bewegungen und Vertretern der Zivilgesellschaften. Alternativen sind möglich – durch den  
67 gemeinsamen Kampf sowohl auf den Straßen als auch in den Parlamenten.  
68

69 Wir haben mit Vertretern von anderen sozialistischen, kommunistischen und nordisch grün-linken  
70 Parteien in der GNU/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament erfolgreich zusammengearbeitet. Der  
71 pluralistische Charakter der Fraktion hat die kreative Kraft der linken Opposition zwischen 2004 und  
72 2008 bereichert. Wir wollen diese Praxis im neu gewählten Europäischen Parlament weiterentwickeln.  
73 Deshalb treten wir gegen konservative, liberale, sozialdemokratische und grüne Parteien in unseren  
74 jeweiligen Ländern und die entsprechenden europäischen Parteien an, die an der gegenwärtigen  
75 europäischen Politik festhalten. Wir fordern einen Wandel und wollen den politischen Raum in Europa  
76 wiedergewinnen.  
77

## 78 II.

### 79 **Unsere Leitlinien für den Wandel der EU**

  
80

#### 81 **Eine soziale und ökologische Wirtschaft in Europa**

  
82

83 Die Europäische Linke steht für eine Politik, die auf ökonomischer und sozialer Entwicklung und  
84 Umweltschutz basiert und ökonomischen und sozialen Zusammenhalt anstrebt. Im Gegensatz zu der  
85 Lissabon-Strategie setzen wir auf eine Strategie basierend auf den Werten der Solidarität und  
86 Kooperation, Vollbeschäftigung und einem vernünftigen Umgang mit der Natur. Dies ist nur möglich,  
87 indem die gegenwärtigen Regeln des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems geändert  
88 werden.  
89

90 Die Europäische Zentralbank muss einer öffentlichen demokratischen Kontrolle unterliegen, ihre  
91 Aufgabe muss neu gestaltet werden. Für dieses Ziel muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt  
92 umgewandelt werden in einen Solidaritätspakt, basierend auf Beschäftigung, sozialen und  
93 ökologischen Kriterien. Wir fordern eine stärkere Koordination der nationalen Finanzkontrollsysteme  
94 und die Schaffung einer öffentlichen Rating-Agentur innerhalb der nächsten fünf Jahre. Wir fordern  
95 eine Geldmarktpolitik und eine Zinsrate, die Darlehen ermöglicht, um Beschäftigung und nachhaltige  
96 Entwicklung zu fördern und öffentliche Ausgaben zu finanzieren.  
97

98 Nachhaltige europäische Standards, die Armut verhindern, sollten die aktuelle Politik des Lohn-,  
99 Sozial- und Umweltdumpings ersetzen. Angesichts der Beschlüsse des Europäischen Gerichtshofs, die  
100 harte Angriffe auf Tarifverträge und Arbeitsbestimmungen darstellen, betonen wir die Notwendigkeit  
101 der Stärkung von Tarifverträgen und Rechten der Arbeiter. Wir lehnen die EU-Arbeitszeit-Richtlinie ab,  
102 die totale Flexibilisierung zulässt und die Individualisierung der Arbeit forciert.

103 Arbeitszeitbestimmungen mit einer maximalen 40-Stunden-Woche sind für uns unerlässlich. Bessere  
104 nationale Bestimmungen, die bereits existieren, sollten beibehalten werden. Wir fordern einen  
105 europäischen Mindestlohn in der Höhe von mindestens 60% des nationalen Durchschnittlohns, der  
106 Tarifverträge nicht bedroht.  
107

108 Um ein Leben in Würde zu garantieren sind ein Mindesteinkommen für nicht beschäftigte Menschen  
109 und eine Mindestrente, die sich am Mindestlohn orientiert und automatisch der Preisentwicklung  
110 angepasst wird, notwendig. Bewegliche Renteneintrittsalter sollen gewährleistet werden, wobei  
111 bereits existierende Regelungen in den EU-Mitgliedsländern berücksichtigt werden sollten.

112  
113 Wir lehnen das Flexicurity-Konzept der Lissabon-Strategie ab. Wir setzen auf Schritte gegen Armut,  
114 soziale Marginalisierung und Prekarisierung und für Vollbeschäftigung in regulären Arbeitsplätzen,  
115 steigende Löhne, Rente und soziale Zuwendungen. Die Steuern für Einkommen und Kapital müssen  
116 erhöht werden, um eine Umverteilung von oben nach unten zu ermöglichen.

117  
118 Bildung, Kinderbetreuung, Jugendbetreuung, Pflege bei Krankheit und im Alter, Gesundheit,  
119 Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Energieversorgung, öffentliche Verkehrsmittel, Postdienste,  
120 Sport und Kultur sind keine kommerziellen Güter sondern öffentliche Dienste, die der staatlichen  
121 Verantwortung unterliegen. Deswegen dürfen sie nicht dem Wettbewerb um die niedrigsten Kosten  
122 und den höchsten Gewinn unterliegen. Wir wollen keine weitere Privatisierung der öffentlichen  
123 Dienste und Güter, sondern eine „Re-Kommunalisierung“ oder Umwandlung in öffentliches Eigentum.  
124 Wir sind für starke öffentliche Betriebe und mehr Investition in Bildung, Krankenpflege,  
125 Gesundheitswesen, öffentliche Verkehrsmittel, Sport und Kultur.

126  
127 Klima und soziale Fragen stehen für uns in einem direkten Zusammenhang. Wir sind für die  
128 umgehende und konsequente Ausarbeitung eines neuen internationalen Abkommens entsprechend  
129 des 4. Berichts des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) und des EU-  
130 Aktionsplans 2007-2009. Wir fordern die vollständige Umsetzung der unterzeichneten und  
131 vereinbarten Verpflichtungen der EU in allen Bereichen der Klima- und Energiepolitik. Die folgenden  
132 Kompromisse sind das Mindestmaß zur Umsetzung der bereits unterschriebenen  
133 Umweltschutzverpflichtungen:

- 134 - Reduzierung der globalen Emissionen um 25% bis 2020 und um 50% bis 2050.
- 135 - Reduzierung des gesamten Energieverbrauchs um 20% bis 2020 und Erhöhung der  
136 Energieeffizienz und eine Begrenzung des Pro-Kopf-Verbrauchs.
- 137 - Erhöhung der Nutzung erneuerbarer Energien um 20% bis 2020.

138  
139 Wir sind gegen das Emissionshandelssystem, das den Verbrauch nicht so weit senken lässt, wie es  
140 nötig wäre. Eine nachhaltige europäische Energie- und Klimapolitik muss die natürlichen  
141 Existenzgrundlagen verbessern und darf nicht auf Kosten der nicht-europäischen Länder gehen.  
142 Technologietransfer zugunsten der Entwicklungsländer, die Finanzierung von sauberen Technologien  
143 und Anpassungsstrategien an den Klimawandel sind nötig.

144  
145 Umweltschutz, die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen, die Umgestaltung unserer Landschaften  
146 und die Sicherung der Nahrungsversorgung sind existenzielle Herausforderungen. Wir fordern eine  
147 Übereinkunft auf der Basis der höchsten Umweltstandards innerhalb der EU und einen Beitrag zur  
148 Erhaltung der Biodiversität für die zukünftigen Generationen (energische Maßnahmen zur  
149 Müllreduzierung, Wasserschutz, Begrünung und Bekämpfung der Wüstenbildung etc. müssen in  
150 Strategien und Politiken der verschiedenen Politikfelder, insbesondere in den Bereichen  
151 Landwirtschaft, Energie und Umweltschutz, einbezogen werden).

152  
153 Wir streben eine substantielle Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU an. Die  
154 Landwirtschaft ist weltweit zu einem Spielball der neo-liberalen Akteure und  
155 Liberalisierungsmaßnahmen geworden.

156  
157 Wir lehnen jede Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ab, die nationale  
158 Landwirtschaftspolitiken in Frage stellt. Wir fordern, dass die Landwirtschaft nicht Gegenstand der  
159 WTO-Verhandlungen ist.

160

161 Wir unterstützen die Forderung nach Nahrungssouveränität, das Recht der Menschen ihre eigene  
162 Landwirtschaftspolitik zu bestimmen bei völliger Schonung der Umwelt. Dies bedeutet der lokalen  
163 landwirtschaftlichen Produktion Priorität zu geben, für hochwertige Nahrung und ohne den Zwang, die  
164 Produkte auf den Weltmarkt zu bringen. Der Zugang zu Land, Saat, Wasser und Kredite müssen in  
165 einer wirklichen Landreform in Europa und auf den anderen Kontinenten geregelt werden.  
166

### 167 **Ein friedliches und partnerschaftliches Europa**

168  
169 Nie wieder sollen von europäischem Boden Kriege ausgehen. Wir sehen Krieg und Militarisierung nicht  
170 als Mittel der Politik an und wollen eine Strategie der Sicherheit für alle.  
171

172 Abrüstung und Rüstungskonversion sind zentrale Aufgaben. Wir setzen uns ein gegen die  
173 Aufrüstungsverpflichtung des Vertrags von Lissabon, nicht nur wegen der tödlichen und Umwelt  
174 zerstörenden Waffen, sondern auch, weil dies der ökonomischen, sozialen und ökologischen  
175 Entwicklung Mittel entzieht. Die Europäische Verteidigungsagentur sollte ersetzt werden durch eine  
176 Abrüstungsagentur mit dem Auftrag, den Rüstungswettlauf, die Verbreitung und den Erwerb von  
177 Massenvernichtungswaffen und die Militarisierung des Weltraums und der Ozeane entsprechend den  
178 Abrüstungsabkommen zu stoppen.  
179

180 Die aufkommenden Konflikte auf dem europäischen Kontinent – besonders nach der Weigerung der  
181 Regierungen die Kooperation aller europäischen Staaten auf eine gerechte und gleichberechtigte  
182 Weise neu zu gestalten – betonen die Notwendigkeit der Schaffung eines neuen kollektiven  
183 Sicherheitssystems in Europa. Der Kaukasus-Konflikt, zuerst ein regionaler Konflikt und dann ein  
184 Krieg, entwickelte sich zu einer internationalen Krise mit Einbeziehung der USA und bringt die  
185 europäische Bevölkerung und die Europäische Union in die Verantwortung, eine politische Lösung  
186 auszuhandeln. Die Gefahr, dass solche Konflikte auf andere Regionen in Europa übergreifen, bleibt  
187 relevant. Gleichzeitig zeigen die Entsendung von NATO-Truppen nach Afghanistan und die  
188 zunehmenden Forderungen der USA, die europäische Beteiligung zu erhöhen, das Scheitern der  
189 Strategie der Militärintervention, wie sie von der Bush-Administration verfolgt wird. Sie verdeutlichen  
190 den wachsenden Widerspruch zwischen dem europäischen Interesse nach Sicherheit und der  
191 Strategie der Militärintervention und NATO-Expansion.  
192

193 Die Europäische Linke bekräftigt ihre Opposition gegen alle Militärblöcke und ihr Engagement für die  
194 Auflösung der NATO zugunsten eines unabhängigen europäischen Sicherheitssystems. Mehr denn je  
195 muss Sicherheit in Europa auf die Prinzipien Verteidigung, Abrüstung, strukturelle Unfähigkeit zum  
196 Angriff und politische und zivile Konfliktlösung im Rahmen der OSZE, in Einklang mit dem Völkerrecht  
197 und einem umgestalteten und demokratisierten VN-System basieren. Dieses kollektive und  
198 kooperative europäische System muss Sicherheit, bedingungslosen Zugang zur Energieversorgung,  
199 die Erhaltung der Umwelt und die Einhaltung der Menschenrechtsfragen garantieren.  
200

201 Der Abzug der NATO-Truppen und der US-geführten westlichen Allianz aus dem Irak und Afghanistan  
202 sind notwendige Schritte für den politischen Prozess der strukturellen Überwindung der NATO. Die  
203 internationale Gemeinschaft und die EU müssen das afghanische Volk dabei unterstützen, den  
204 Konflikt auf nicht-militärischem Weg zu lösen. Als weiteres verlangen wir die Schließung aller NATO-  
205 und US-Basen in Europa. Die NATO muss ihre militärischen Potenziale reduzieren und sich auf ihre  
206 ursprüngliche Aufgabe konzentrieren. Wir sind gegen die US- bzw. europäischen  
207 Raketenabwehrsysteme mit europäischen und nicht-europäischen Besatzungen und unterstützen die  
208 tschechischen, polnischen, bulgarischen und rumänischen Bürger uneingeschränkt in ihrem Kampf  
209 gegen diese. Wir lehnen jeden militärischen Missbrauch des europäischen Galileo-Systems ab.  
210

211 Die Entwicklungs- und Handelspolitik der EU muss den Millennium-Entwicklungszielen nachkommen  
212 und das Prinzip der Gleichheit aller Länder neu aufstellen. Die bilateralen EU-  
213 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind der falsche Weg. Wir fordern ein Verbot der Herstellung von

214 Treibstoff aus Nahrungsmitteln. Wir verlangen Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Welt und  
215 eine Korrektur der Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und des IWF.

216

217 Wir unterstützen die Weiterentwicklung der mediterranen Kooperation. Sie ist der Schlüsselfaktor, um  
218 Frieden und Sicherheit im Nahen Osten zu erreichen. Die Umwandlung des Barcelona-Prozesses in  
219 eine engere und institutionalisierte Mittelmeer-Union benötigt die aktive Beteiligung aller politischen  
220 Kräfte und Zivilgesellschaften in den beteiligten Ländern. Ein demokratischer und transparenter  
221 Prozess der Neugestaltung der Beziehungen zwischen allen Ländern der Region und der EU ist die  
222 einzige Möglichkeit, um zu verhindern, dass dieses ehrgeizige politische Projekt sich in eine politische  
223 Struktur der Ungleichheit verwandelt.

224

225 Die signifikante Beweglichkeit und der Klimawechsel im Zypern-Konflikt nach der Wahl von Dimitris  
226 Christofias zum Präsidenten der Republik Zypern eröffnen hoffnungsvolle Aussichten bezüglich der  
227 Bestrebungen die Insel wiederzuvereinen. Die offiziellen Verhandlungen zwischen den Führern der  
228 beiden Gemeinschaften unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen sollten als Ergebnis eine  
229 politisch gleichberechtigte, bizonale und bikommunale, föderale Lösung haben, wie in den  
230 betreffenden VN-Resolutionen und auf der Basis der Vereinbarungen auf höchster Ebene sowie des  
231 internationalen und europäischen Rechts. angegeben wurde.

232

### 233 **Ein demokratisches und gleichberechtigtes Europa**

234

235 Alle Menschen, die in den EU-Mitgliedstaaten leben, haben das Recht, die Gestaltung der EU und  
236 ihre zukünftige Entwicklung mitzubestimmen, unabhängig davon wo sie geboren sind. Die  
237 Europäische Union muss sich der demokratischen Beteiligung aller Menschen öffnen, wenn sie eine  
238 Zukunft haben will.

239

240 Wir treten für die Stärkung der individuellen Bürgerrechte und der grundlegenden sozialen und  
241 politischen Rechte aller Menschen, die in der EU leben, ein. Die Charta der Grundrechte der  
242 Europäischen Union muss juristisch bindend sein und sollte weiterentwickelt werden. Die EU sollte  
243 die Europäische Menschenrechtskonvention unterschreiben. Die EL tritt ein für die Sicherstellung der  
244 Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Die Europäische Union muss  
245 die Rechte derjenigen, die wegen ihrer ethnischen Herkunft, sexuellen Orientierung und  
246 Geschlechteridentität, Religion, Weltanschauung, Behinderung und Alter diskriminiert werden,  
247 schützen und fördern. Wir fordern die Beachtung aller Minderheitenrechte und beständige Aktivitäten  
248 gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Ultrationalismus, Chauvinismus, Faschismus,  
249 Antikommunismus, Homophobie und jede andere Form der Diskriminierung.

250

251 Das Europa, das wir wollen, braucht eine Demokratisierung der Wirtschaft. Das Recht auf  
252 Gewerkschaftsbildung, auf Mitbestimmung und auf Streiks muss über Grenzen hinweg gelten. Wir  
253 lehnen die Unterordnung der sozialen und gewerkschaftlichen Standards unter den Grundfreiheiten  
254 des gemeinsamen Marktes durch den Europäischen Gerichtshof ab. Ganz im Gegenteil: Die Rechte  
255 und Möglichkeiten der arbeitenden Menschen die Entscheidungen der Unternehmensführung, z.B. bei  
256 Investitionen oder Produktregulierung, mitzugestalten sollten erweitert und juristisch verankert  
257 werden.

258

259 Die EL tritt ein für eine EU-Kulturpolitik basierend auf interkulturellem Dialog und Bildung. Sie wehrt  
260 sich gegen die unbegrenzte Liberalisierung der kulturellen Dienste. Wir wollen, dass der Dialog der  
261 Kulturen ein pazifistisches Prinzip der Politik auf lokalen und europäischen Ebenen wird. Wir  
262 unterstützen die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller  
263 Ausdrucksformen, wodurch der Schutz und die Förderung der Vielfalt der regionalen Kulturen  
264 völkerrechtlich bindend festgelegt werden.

265

266 Wir verlangen ebenfalls eine transparente Medienpolitik. Die Herstellung, Speicherung und Umnutzung  
267 von Informationen und Wissen werden zunehmend wichtiger für ökonomische Produktivität, kulturelle

268 Hegemonie und politische und militärische Macht. Deshalb werden der Zugang zur gesellschaftlichen  
269 Kommunikation und Information und ihre Aneignung zu grundlegenden Fragen der demokratischen  
270 Partizipation auf der nationalen und europäischen Ebene. Des Weiteren ist die Demokratisierung der  
271 Produktion, des Umgang und der Aneignung von Information und Wissen unumgänglich, um den  
272 digitalen Kapitalismus (Google, Seifenoper-Fernseherserien und PC-Spiele) in Frage zu stellen.  
273

274 Um den politischen Raum in der Europäischen Union für alle hier lebenden Menschen zurück zu  
275 gewinnen muss das Europäische Parlament die Gesetzesinitiative bekommen. Direkte Partizipation an  
276 europäischen Entscheidungsprozessen, einschließlich Volksabstimmungen auf der europäischen und  
277 nationalen Ebene über Grundsatzentscheidungen der EU, müssen möglich werden. Die EU-  
278 Institutionen (Rat, Kommission und Parlament) müssen sich der Partizipation der Zivilgesellschaften  
279 öffnen, die so die Möglichkeit erhalten, Entscheidungen zu überprüfen.  
280

281 Die EU-weiten Anti-Terror-Maßnahmen und Gesetze sollen aufgegeben werden. Wir wollen die  
282 Abschaffung der EU-Liste der „terroristischen Organisationen“, die unsere Freiheit aufs Spiel setzt.  
283

284 Wir wollen ein kosmopolitisches und für Migration offenes Europa. Nein zur Festung Europa, wo  
285 Menschen in Not abgewiesen werden. Eine gemeinsame EU-Flüchtlings- und Migrationspolitik in  
286 Übereinstimmung mit den Genfer Konventionen ist nötig. Menschen, die vor Verfolgung aufgrund ihrer  
287 politischen Überzeugung, Weltanschauung, Religion oder sexueller Orientierung fliehen, müssen in  
288 Europa Schutz und Asyl erhalten. Wir verlangen die Anerkennung der geschlechtsspezifischen und  
289 nicht-staatlichen Verfolgung als Gründe für Asyl und rufen zum besonderen Schutz der  
290 Flüchtlingskinder auf. Gleichzeitig verlangen wird eine Verbesserung der Rechte der Migranten,  
291 einschließlich des Rechts auf Arbeit und Stimmrecht für alle Menschen, die in der EU leben. Das  
292 Migrationsrecht sollte sich auf die Interessen der Migranten konzentrieren und nicht auf die  
293 Interessen der Unternehmen, die nach billigen Arbeitskräften suchen. Deshalb lehnen wir das bereits  
294 existierende FRONTEX-System der Grenzkontrollen ab und verlangen, dass alle Pläne zur Umsetzung  
295 der „Rückkehr-Richtlinie“ aufgegeben werden. Sammellager müssen geschlossen werden.  
296

297 Wir Parteien der Europäischen Linken, kämpfen zusammen und in unseren Ländern für diese Ziele im  
298 Vorfeld der Wahlen 2009 zum Europäischen Parlament. Wir wollen eine starke linke Fraktion im  
299 Parlament, um Europa verändern zu können. Jede Stimme für einen Kandidaten der Europäischen  
300 Linken ist eine Stimme für ein friedliches, soziales, ökologisches, demokratisches und feministisches  
301 Europa in Solidarität!  
302

303 **Nimm deine Chance wahr, verändere Europa jetzt!**